

Vom Rand ins Zentrum - Ostdeutschland strategisch stärken



1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Antragsteller*in: Luna Möbius (KV Halle)
Tagesordnungspunkt: P Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Die Repräsentanz Ostdeutschlands innerhalb der Partei ist aktuell unzureichend
2 und oft nur symbolischer Natur. Ostdeutschland sollte als Querschnittsthema
3 verstanden werden, das den gesamten Bundesvorstand und die gesamte Partei
4 betrifft. Die Herausforderungen in der Region sind zu groß und die strukturellen
5 Probleme zu tief verwurzelt, um sie an einzelne Personen zu binden oder mit
6 punktuellen Maßnahmen zu bearbeiten. Eine ehrliche Bestandsaufnahme zeigt, dass
7 unsere bisherigen Ansätze nicht ausgereicht haben, um als Partei in
8 Ostdeutschland nachhaltig Fuß zu fassen.

9 **Deshalb fordern wir eine grundlegende personelle und strategische**
10 **Neuausrichtung, die auf mehreren Ebenen ansetzt:**

11 **1. Taskforce Ost als ständiges Gremium**

- 12 • Es wird ein permanentes innerparteiliches Beratungsgremium, die "Taskforce
13 Ost", eingerichtet, das direkt mit dem Bundesvorstand arbeitet.
- 14 • Die Taskforce setzt sich aus führenden ostdeutschen Politiker*innen,
15 lokalen Akteur*innen und grünnahen Expert*innen zusammen.
- 16 • Sie bringt regelmäßig Impulse für die Bundespartei ein und entwickelt
17 Strategien zur Stärkung der Partei in Ostdeutschland.

18 **2. Ostkongress als Signal & Strategieplattform**

- 19 • Ein regelmäßiger Ostkongress auf Bundesebene soll Debatten, Vernetzung und
20 Strategieentwicklung für Ostdeutschland bündeln.
- 21 • Ostdeutsche Stimmen müssen dabei dominieren, gleichzeitig sollen
22 westdeutsche Funktionsträger*innen teilnehmen, um die gesamtparteiliche
23 Verantwortung zu verankern.
- 24 • "Exil-Ostdeutsche" in westdeutschen Bundesländern sollten stärker ernst
25 genommen und mit ihrer Kompetenz und Erfahrung in die strategische Arbeit
26 eingebunden werden.

27 Durch diese Maßnahmen setzen wir ein klares Zeichen: **Die strukturellen**
28 **Herausforderungen Ostdeutschlands sind keine Randthemen, sondern zentrale**
29 **Aufgaben für die gesamte Partei.** Ein starkes, personell und strategisch breit

- 30 aufgestelltes Engagement in der Region ist essentiell, um nachhaltig Vertrauen
- 31 aufzubauen und politische Wirksamkeit zu entfalten.
- 32 Wir fordern den Länderrat auf, diesen Antrag zu beschließen und die
- 33 vorgeschlagenen Maßnahmen unverzüglich umzusetzen.

Begründung

Die Wahlergebnisse der letzten Monate in Thüringen und Brandenburg sind längst keine Warnsignale mehr – sie sind der unmissverständliche Beweis für unseren politischen Defizite der letzten Jahre. Wenn wir nicht endlich verstehen, dass unsere Partei nicht nur für urbane Milieus im Westen Politik machen kann, werden wir im Osten endgültig bedeutungslos. Damit droht nicht nur, dass wir im Ernstfall keine Gesamtdeutsche Partei mehr sind, sondern auch der Verlust einer progressiven, demokratischen Zukunft in einer Region, die zunehmend von rechten und konservativen Kräften dominiert wird.

Die politische Entwicklung in Ostdeutschland zeigt, dass demokratische Parteien nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Wer sich den Herausforderungen nicht stellt, überlässt das Feld jenen, die mit Spaltung und Ressentiments Politik machen.

Jetzt stehen wir vor einer klaren Entscheidung: Entweder setzen wir unseren bisherigen Kurs fort und verschwinden in der politischen Irrelevanz Ostdeutschlands, oder wir nehmen einen radikalen Kurswechsel vor. Das bedeutet im ersten Schritt, dass die gesamte Partei Verantwortung für die Landesverbände und die engagierten Menschen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ostdeutschland übernimmt. Dazu braucht es sinnvolle Gremien, die Strategien entwickeln und in der gesamten Partei zum Tragen bringen.

Unsere Partei wurde gegründet, um zu kämpfen – nicht um sich selbst zu bemitleiden oder in Theoriedebatten zu verlieren, während die politische Realität uns überholt.

1993 hat Bündnis 90 den Grünen die nötige Kraft gegeben, um im Bundestag zu bleiben. Diese historische Erfahrung zeigt, wie essentiell Ostdeutschland für die Stabilität und Zukunft unserer Partei ist. Ein gerechtes, ökologisches und demokratisches Deutschland gibt es nur mit einem starken, zukunftsorientierten Osten – und dieser braucht eine starke, engagierte Partei, die ihm eine progressive Perspektive bietet.

weitere Antragsteller*innen

Thea-Helene Gieroska (KV Magdeburg); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg)

Entfernung des Online-Beitrags „Wort statt Wortbruch. Zehn-Punkte-Plan für eine bessere Sicherheit“



1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Gremium: BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum: 04.03.2025
Tagesordnungspunkt: P Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

Antragstext

- 1 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, den Online-Beitrag „Wort statt Wortbruch.
- 2 Zehn-Punkte-Plan für eine bessere Sicherheit“ unverzüglich von der Website der
- 3 Partei zu entfernen. Die Verknüpfung von Migrations- und Sicherheitspolitik ist
- 4 nicht zielführend und birgt die Gefahr, Ressentiments gegenüber als migrantisch
- 5 gelesenen Menschen zu schüren. Dies steht im Widerspruch zu den Grundsätzen
- 6 unserer Partei, die ein Zusammenleben in Vielfalt fördern. Zudem weicht der
- 7 Inhalt des „Zehn-Punkte-Plans“ von bestehenden Parteibeschlüssen ab und
- 8 entspricht nicht den vereinbarten politischen Leitlinien.

Klar. Grün. Konstruktiv: Auf dem Weg in eine starke Opposition



1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 06.04.2025
Tagesordnungspunkt: P Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025

Antragstext

1. Ein starker Wahlkampf

Wir haben einen starken Wahlkampf geführt: Mit extrem motivierten Mitgliedern – Zehntausende davon neu hinzugekommen –, mit überwältigender Resonanz auf unsere Veranstaltungen und mit Spendenrekorden. Wir haben ihn in der Defensive begonnen und daraus in Rekordzeit eine mutige, selbstbewusste Haltung erarbeitet. Und trotzdem ist das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar nicht das, wofür wir gekämpft haben. Statt einer Regierung mit starken Grünen wird Deutschland aller Voraussicht nach erneut von einer Stillstandskoalition aus CDU, CSU und SPD regiert. Der designierte Bundeskanzler hat bereits vor seiner Wahl eine schwindelerregende Zahl an Wortbrüchen und Kehrtwenden vollzogen – statt Orientierung in unsicheren Zeiten zu geben. Schwarzrot droht, eine Koalition zu werden, die die großen strukturellen Probleme in Deutschland und Europa wegen Uneinigkeit nicht angeht und stattdessen ihren altbekannten Klientelen nichts zumuten will. Sie deutet sich als eine Koalition an, die keine Antwort auf die existenziellen Herausforderungen der Klimakrise und des Artensterbens hat – und zugleich nicht in der Lage ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

Wir sind 2021 als Teil der Bundesregierung angetreten, unser Land für die Anforderungen der Zukunft zu wappnen, klimaneutralen Wohlstand zu ermöglichen und für mehr soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung aller Geschlechter und Bürger*innenrechte zu sorgen. Viel ist uns dabei gelungen – und das in einer Zeit großer Krisen: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine massive Energiekrise ausgelöst und einen zentralen Pfeiler des bisherigen deutschen Geschäftsmodells ins Wanken gebracht. Trotz der Blockadehaltung beim Haushalt und der engen Spielräume durch die Schuldenbremse ist es uns gelungen, das Land sicher durch diese Krise zu führen. Wir haben Orientierung gegeben, die Energieversorgung stabilisiert, die Erneuerbaren massiv vorangebracht, Deutschlands Abhängigkeit reduziert und uns in einer geopolitisch unsicheren Zeit klar an die Seite der Ukraine gestellt – für unser Land und für Europa. In Europa haben wir mit dem Green Deal das größte ökologische Gesetzespaket durchgesetzt, das es bisher gab. Wir haben Milliarden in den Natürlichen Klimaschutz investiert und das erste Klimaanpassungsgesetz in Deutschland verabschiedet. Den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl haben wir mit einer transparenten staatlichen Tierhaltungskennzeichnung begonnen. Wir haben Investitionen in den Schienenverkehr und die Sanierung der

36 gesamten Verkehrsinfrastruktur endlich zur Priorität und mit dem
37 Deutschlandticket den ÖPNV für Millionen Menschen einfach und bezahlbar gemacht.
38 Über das Kita-Qualitätsgesetz investieren wir bis 2026 zehn Milliarden Euro in
39 bessere und verlässlichere Kinderbetreuung. Wir haben mit dem Gewalthilfegesetz
40 endlich einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung von gewaltbetroffenen
41 Frauen und Mädchen und eine Bundesfinanzierung von 2,6 Mrd. Euro durchgesetzt
42 sowie mit dem Selbstbestimmungsgesetz einen historischen Schritt für die Rechte
43 trans- und nicht-binärer Menschen gemacht. Mit dem Kulturpass haben wir
44 Jugendlichen einen neuen Zugang zur Kultur ermöglicht und die Kulturwirtschaft
45 gestärkt. Wir verlassen diese Regierung in dem Bewusstsein, Deutschland in
46 vielen entscheidenden Bereichen in einem besseren Zustand zu hinterlassen, als
47 es vorher war.

48 Auch um diese und weitere Erfolge zu erreichen, waren Kompromisse notwendig.
49 Einige dieser Kompromisse gingen an unsere Schmerzgrenzen oder auch darüber
50 hinaus, haben dabei in Teilen unserer Wählerschaft für Irritation oder
51 Enttäuschung gesorgt. Sie waren das Ergebnis der Koalition mit einer meist
52 destruktiven FDP, die mehr blockieren als regieren wollte, und der mangelnden
53 Führung von Olaf Scholz, der nicht in der Lage war, einen fairen und geordneten
54 Interessenausgleich der drei Partner zu gewährleisten. Gekoppelt mit eigenen
55 Fehlern hat diese Konstellation auch dazu geführt, dass die Ampelregierung nicht
56 die nötige Sicherheit und Kompetenz vermitteln konnten, die es in Zeiten der
57 Verunsicherung auf ganz verschiedenen Ebenen gebraucht hätte – vor allem für die
58 Bewältigung der materiellen Sorgen der Menschen, der Sorge vor Ausgrenzung von
59 Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, aber auch für die
60 Planungssicherheit von Unternehmen. Besonders junge Menschen hatten nicht mehr
61 das Gefühl, dass wir an ihrer Seite für eine lebenswerte Zukunft kämpfen.

62 Dadurch haben wir in verschiedene Richtungen Vertrauen verloren. So hat unser
63 Bündnis mit der kritischen Zivilgesellschaft einige Risse bekommen. Wir müssen
64 aufarbeiten, wieso dies gerade im Bereich der Klima- und Umweltpolitik geschehen
65 ist, wo wir auch große Erfolge erzielen konnten. Gegenstand der Aufarbeitung
66 muss unser Umgang mit Kompromissen sein: Vor dem Kompromiss steht das klare
67 Eintreten für unsere gemeinsam erarbeiteten Positionen. Es muss unser Ziel sein,
68 unsere Erfolge besser darzustellen, offen zu sagen, welche Abstriche wir in der
69 Aushandlung in den gegebenen Mehrheitsverhältnissen machen mussten, und parallel
70 aufzuzeigen, wo wir eigentlich hinwollen. Dazu gehört auch ein besseres
71 kommunikatives Zusammenspiel von Regierung, Partei, Fraktion und
72 Landesregierungen, die jeweils eigene Akzente setzen können. Auf dieser
73 Grundlage sollten wir auch offen mit unseren Partnern sprechen, um den
74 Kompromiss in der Regierung als Werkzeug für Veränderung besser zu legitimieren
75 und gleichzeitig Kritik auch zu hören und nicht das Ziel aus den Augen zu
76 verlieren. Allerdings hätten wir an einigen Stellen die Unterstützung unserer
77 Partner*innen gebraucht, wenn die konkrete Klimapolitik in der Kritik stand. Wir
78 kämpfen auch mit ihnen weiter für eine ambitionierte
79 Gasunabhängigkeitsstrategie, gegen den drohenden Rollback unserer ambitionierten
80 Klimapolitik und für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Das verbinden wir

81 bewusst mit wertorientierten Umwelt- und Naturschutz, der die Bewahrung unserer
82 natürlichen Lebensgrundlagen als eigenes Ziel definiert.

83 Zugleich haben wir gesehen, dass besonders unsere klimapolitischen Vorhaben
84 viele verunsichert haben. Denn sie gingen davon aus, sie würden über Gebühr in
85 ihr Alltagsleben oder Wirtschaften eingreifen. Angesichts der wirtschaftlichen
86 und geopolitischen Umbrüche konnten die Kampagnen, die gegen unsere Politik
87 betrieben wurden, besonders gut verfangen. Die wirtschaftlich schwierige
88 Situation wurde uns angelastet. Wir stellen aber auch fest, dass es uns nicht
89 gelungen ist, diesen Ängsten angemessen zu begegnen, dass wir nicht immer
90 rechtzeitig für die soziale und wirtschaftliche Absicherung sorgen konnten und
91 die Umsetzung zu sehr ins Kleinklein ging.

92 Unsere Politik speist sich aus der Einsicht, dass gewandelte Umstände – seien es
93 klimapolitische Notwendigkeiten, geopolitische Umwälzungen, gesellschaftliche
94 Umbrüche – politische Veränderungen erfordern, damit es gerecht, demokratisch
95 und nachhaltig zugehen kann. Gleichzeitig befinden wir uns in einer
96 Stimmungslage, die einerseits konkreten Veränderungen skeptisch gegenübersteht
97 und andererseits klar einfordert, dass sich grundlegend etwas ändert. Die
98 Menschen erwarten von der Politik Antworten auf diese Herausforderungen, die
99 alltagstauglich sind und Zuversicht geben. Viele haben in ihrem Alltag genügend
100 Herausforderungen und wollen daher nicht noch vielen weiteren Problemen der
101 Zukunft ausgeliefert sein. Sie wollen zu Recht, dass ihr Leben besser und
102 gerechter wird. Sie wollen auch, dass das Land funktioniert, weniger
103 schwerfällig und kompliziert ist. Das ist der letzten Bundesregierung, das ist
104 auch uns trotz unserer großen Erfolge nicht im ausreichenden Maß gelungen. Trotz
105 hartem Kampf konnten wir einige der hohen Erwartungen an feministische Reformen,
106 wie die des Abstammungsrechts für lesbische Paare und ihre rechtliche
107 Elternschaft sowie des Paragraphen 218, nicht erfüllen.
108 Hier, wo wir in der Regierungskoalition eine Schwäche hatten, müssen wir jetzt
109 unsere Stärke wiederfinden: nämlich aufzuzeigen, wie Lösungen den Alltag besser
110 machen, und wo nötig und möglich auch dazu beitragen, unsere globalen Probleme
111 zu lösen. Dass dies Hand in Hand gehen kann, haben wir zum Beispiel bei der
112 dezentralen Energiewende gesehen, die dort besonders gut funktioniert, wo
113 Kommunen oder Privathaushalte über eigene Anlagen zu selbstbestimmten Akteuren
114 werden und von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren.

115 Im Wahlkampf konnten wir im Ansatz zeigen, was wir aus unserer
116 Regierungserfahrung und auch unseren eigenen Fehlern gelernt haben und wie wir
117 den begonnenen Weg im Dienste unseres Landes hätten fortführen können. Der
118 direkte Kontakt im Wahlkampf – zum Beispiel bei den Küchentischgesprächen – hat
119 dazu beigetragen. Trotzdem haben wir entscheidende Debatten nicht für uns
120 gewinnen können – etwa zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder zur Asyl-
121 und Migrationspolitik, bei der wir eine kommunikative und strategische
122 Unklarheit an den Tag gelegt haben und nicht deutlich genug mit einer
123 eigenständigen Position und klaren Haltung erkennbar waren. Einerseits ist es
124 nicht gelungen, mit unseren Werten als Menschenrechtspartei von einer Politik
125 der Humanität zu überzeugen. Andererseits konnten wir nicht mit überzeugenden

126 Antworten auf Probleme und Herausforderungen vor Ort durchdringen. Dadurch haben
127 wir Vertrauen verloren. Wir wollen glaubwürdig als Menschenrechtspartei
128 erkennbar sein, die Chancen von Migration ausreichend sichtbar machen und
129 Ansprechpartnerin für die Menschen vor Ort sein, um von uns zu überzeugen.

130 Wir wollen auch daraus lernen, warum wir uns in der Polarisierung der letzten
131 Wahlkampfwochen, die durch den Wort- und Tabubruch der Union in ihrer
132 gemeinsamen Abstimmung mit der AfD ausgelöst wurde, nicht genug behaupten
133 konnten. Wir haben nicht ausreichend ausgestrahlt, dass Regieren kein
134 Selbstzweck ist – und dass eine Regierungsbeteiligung mit der CDU an klare
135 Bedingungen geknüpft war. Durch den Wortbruch der gemeinsamen Abstimmung mit der
136 AfD durch die Union unter Friedrich Merz und mangelnden Mehrheiten für andere
137 Bündnisse fehlte am Ende eine glaubwürdige machtpolitische Perspektive für eine
138 Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gilt für uns: Wir beteiligen uns an einer
139 Regierung dann, wenn wir sozial-ökologisch, feministisch und bei den Menschen-
140 und Bürgerrechten echten Fortschritt erreichen und diese Regierung die
141 Europäische Einigung und den Schutz der Freiheit in Europa als Kernprojekt
142 deutscher Politik verfolgt.

143 Die erfolgreichen Ansätze und der Schwung aus der Wahlkampagne sind eine gute
144 Grundlage, um die Lücken aufzuarbeiten und zu schließen. Diesen Weg wollen wir
145 jetzt gehen. Das ist um so nötiger, als wir uns einem weltweiten Rechtsschwenk
146 gegenüber sehen, der eine ideologische Verbrüderung von Putins Russland und den
147 USA unter Trump mit sich bringt. Die Verletzung internationalen Rechts,
148 Brutalität und Grausamkeit sowie Menschenverachtung werden zu normalen
149 Politikmitteln gegebenüber allem, was schwächer scheint. Sie wollen Schwarze,
150 Frauen, behinderte Menschen oder Trans- und Homosexuelle marginalisieren und in
151 ihren Rechten beschneiden. Wissenschaft wird zum Feind. Dieses Gegenprogramm zur
152 Demokratie fasst nach und nach auch in Europa Fuß und wird normalisiert. Dieser
153 Konflikt zwischen einer erstarkten Rechten und der liberalen, werteorientierten
154 Demokratie wird auch in Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ausgetragen. Die
155 Prinzipien und Ideen der Aufklärung müssen weiter die Leitlinie der Politik in
156 Europa bleiben.

157 **2. Klare, gestaltende und empathische Opposition**

158 Wir stehen jetzt am Anfang einer Oppositionszeit unter radikal veränderten
159 Vorzeichen. Durch das Erstarken von Rechtsextremen und Autoritären geraten die
160 regelbasierte Weltordnung und der freie Handel, die bis heute der Anspruch des
161 politischen und wirtschaftlichen Handelns Deutschlands sind, immer mehr unter
162 Druck. Die Klimakrise und die Plünderung unseres Planeten werden immer
163 deutlicher spürbar und greifen existenziell in das Leben von Milliarden Menschen
164 ein. Die Wirtschaft steht durch diese Umbrüche und mangelnde
165 Produktivitätssteigerungen im letzten Jahrzehnt vor riesigen Herausforderungen
166 und Anpassungen, was sich auch in Arbeitsplatzverlusten und Umstrukturierungen
167 niederschlägt. Und schließlich setzt der demografische Wandel unsere
168 Sozialsysteme unter Druck, was auch zu höheren Beiträgen führt. Verkrustete
169 Strukturen und eine Zementierung sozialer Ungleichheit geben ihr Übriges für
170 einen potenziell explosiven Mix. Wir stellen uns entschieden gegen den

171 populistischen Kurs jener, die Armut stigmatisieren, Menschen gegeneinander
172 ausspielen und den Sozialstaat aushöhlen wollen.

173 Die politische Auseinandersetzung, die wir in der Opposition suchen werden,
174 findet in einer gewandelten und sich immer weiter wandelnden Öffentlichkeit
175 statt, die von zunehmender Fragmentierung und der Dominanz von Tech-Oligarchen
176 gekennzeichnet ist und in der groß angelegte Desinformationskampagnen aus dem
177 eigenen Land wie von außen stetig mehr Wirkung entfalten können. Das stellt neue
178 Anforderungen an unsere Arbeit als politische Partei. Wir müssen auf
179 verschiedene Weise in die Gesellschaft und die politische Öffentlichkeit wirken
180 – über die traditionellen Medien, soziale Netzwerke, vor allem aber auch den
181 beständigen direkten Austausch auch jenseits von Wahlkampfzeiten und auch mit
182 jenen, die uns nicht sofort zustimmen. Diese Herausforderung ist besonders groß
183 in den ostdeutschen Bundesländern, wo sich in der Gesamtlage ein immenser
184 Vertrauensverlust in die demokratische Parteienlandschaft zeigt. Die starke
185 Zustimmung für Parteien, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Feindbild erklären, sorgt
186 in den strukturell schwachen Regionen und insbesondere im Osten Deutschlands für
187 einen nochmals stärkeren politischen Gegenwind.

188 Wir stellen zugleich fest, dass in der politischen Debatte immer weniger die
189 sachliche Auseinandersetzung über Inhalte, sondern Vorurteile,
190 Falschbehauptungen und Zuschreibungen eingesetzt werden. Schon vor dem
191 Regierungseintritt hat ein großer Teil der politischen Mitbewerber*innen
192 erfolgreich darauf gesetzt, uns auf diese Weise zu diskreditieren und damit die
193 Anschlussfähigkeit unserer Inhalte in weite Teile der Gesellschaft zu
194 unterlaufen. Das war auch dank der digitalen Verbreitungswege erfolgreich, deren
195 Algorithmen Hass und Hetze begünstigen. Wir werden uns damit auseinandersetzen,
196 warum einige dieser Kampagnen besonders gut verfangen konnten. Dazu gehört
197 besonders eine Betrachtung der politischen Debatten, die wir in der
198 Regierungszeit verloren haben – und den Gründen dafür.

199

200 In diesen Debatten werden oft auch die Rechte unterschiedlicher Gruppen
201 gegeneinander ausgespielt. Wir stellen uns klar gegen die Instrumentalisierung
202 von Frauenrechten. Rassismus schadet dem Zusammenhalt in diesem Land, er
203 schwächt die Sicherheit. Auch der Klimaschutz lässt sich nicht gegen soziale
204 Gerechtigkeit ausspielen – im Gegenteil: Klimaschutz ist kein Wohlfühlthema für
205 einkommensstarke Milieus, sondern eine zentrale Frage der sozialen
206 Gerechtigkeit.

207 In den Verhandlungen zum Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für
208 Infrastrukturinvestitionen und der Grundgesetzänderung für mehr Sicherheit haben
209 wir gezeigt, welche Haltung wir in den kommenden Jahren einnehmen wollen: eine
210 klare, gestaltende und empathische Opposition. Wir wollen führende Kraft der
211 linken Mitte werden, die die Achtung der Menschenrechte, den Schutz der Natur,
212 die Wahrung und Erneuerung unserer Freiheit, soziale Gerechtigkeit,
213 Gleichstellung und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft – in einem geeinten
214 Europa – auf die Agenda des Parlaments und der Gesellschaft setzt. Für unsere
215 Politik schmieden wir breite Bündnisse. Wir zielen darauf ab, mit der

216 Zivilgesellschaft und mit allen Parteien mit denen progressive Politik auf Basis
 217 unserer Grundwerte möglich ist, Mehrheiten, unter anderem in der linken Mitte,
 218 zu organisieren. Mit erneuerten programmatischen Grundlagen wollen wir als
 219 starke Mitgliederpartei weiter in die Gesellschaft ausgreifen, zuhören,
 220 diskutieren und daraus die Kraft für Veränderung und Gestaltung schöpfen. Wir
 221 wollen dabei auch in der Opposition Vorschläge machen, die die zukünftigen
 222 Herausforderungen in den Blick nehmen, vorausdenken und neue Antworten
 223 entwickeln. Wir wollen als Opposition Vorschläge unterbreiten, die konkret
 224 umsetzbar sind und gleichzeitig Teil der Lösung für unsere großen strukturellen
 225 Herausforderungen sind, damit sie reale und greifbare Verbesserungen im
 226 Alltagsleben aller Menschen bewirken können. Und wir wollen unsere
 227 Oppositionsarbeit im Bundestag mit unserer täglichen Arbeit für das Land in
 228 Rathäusern, Dezernaten oder Landesministerien verknüpfen und ebenso mit unserem
 229 Einfluss im Bundesrat und dem Europäischen Parlament – eine wirkmächtige Partei
 230 auf allen Ebenen. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
 231 will mitgestalten für ein nachhaltiges, demokratisches und gerechtes Deutschland
 232 und Europa, wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen! Für diese Mehrheit
 233 sind wir Bündnispartei mit der vielfältigen Zivilgesellschaft.

234 **3. Mit inhaltlicher Stärke als Antriebskraft**

235 Unsere inhaltliche Stärke ist unsere Antriebskraft. Während in der neuen
 236 Bundesregierung eine Koalition des Aneinanderreihens von Wahlversprechen statt
 237 des klaren Angehens echter Herausforderung für unsere Gesellschaft droht, wollen
 238 wir unser Programm auf der Höhe der Zeit weiterentwickeln. Unser Ziel ist und
 239 bleibt es, dieses Land ökologischer und gerechter zu machen.

240 Darum wollen wir an unserem Profil arbeiten, gemeinsam diskutieren und uns für
 241 die Zukunft aufstellen. Wir wollen die Erfahrungen aus der Regierungszeit und
 242 aus dem Bundestags- und Europawahlkampf analysieren und davon lernen.

243 Wir wollen dabei nicht in erster Linie von den politischen Instrumenten her
 244 denken, sondern von den Anforderungen, die die Menschen in den verschiedensten
 245 Lebenslagen an die Politik stellen. Wenn wir als Partei in einer fragmentierten
 246 politischen Landschaft das nötige Gewicht zur aktiven Gestaltung erreichen
 247 wollen, brauchen wir einerseits eine klare Haltung und gesellschaftliche
 248 Verankerung, zugleich aber die Fähigkeit, darüber hinaus Menschen anzusprechen,
 249 die wir bisher noch nicht von uns überzeugen konnten: Nur wer einen festen Stand
 250 hat, kann auch effektiv ausgreifen. Wir wollen mit einer klaren Haltung
 251 progressive Bündnisse schmieden und ermöglichen. Deshalb gehört es zu unserer
 252 Aufgabe, uns zu fragen, wie wir die Menschen, die uns einmal gewählt haben –
 253 unabhängig davon, wohin sie abgewandert sind – wieder zu uns holen. Dafür
 254 braucht es ein Programm, das auf vielfältige Bedürfnisse antwortet, und zugleich
 255 eine Ansprache, die ganz verschiedene Menschen adressiert.

256 Das erzeugt auch Widersprüche: Eine Partei für viele hat auch viele Facetten,
 257 Stile und Ansichten. Es war und ist unsere Stärke als Grüne, diese verschiedenen
 258 Ansätze auszudiskutieren und dann gemeinsame Entscheidungen zu treffen. So
 259 getroffene Beschlüsse sind für die Verantwortungsträger*innen der Partei
 260 handlungsleitend. Alle Grünen haben die Verpflichtung diese Beschlüsse

261 anzuerkennen. Das geht einher mit unserem Selbstverständnis, unsere Programme
262 und Positionen angesichts einer sich ändernden Realität weiterzuentwickeln, ohne
263 dabei das Fundament des Grundsatzprogramms zu verlassen.

264 Wir wollen noch besser darin werden, Unterschiede in unserer Partei auf der
265 Basis unserer gemeinsamen Werte auch auszuhalten. Die Grundlage dabei ist stets:
266 Innerparteilichen Wettstreit führen wir nicht als Gegner*innen, sondern um die
267 besten Ideen. Wir diskutieren nicht nur abstrakt über eine Orientierung, sondern
268 auch konkret über Lösungen und Haltungen. Damit nehmen wir auch eine
269 gesellschaftliche Rolle ein, die wir immer wieder in entscheidenden politischen
270 Momenten unseres Landes einnehmen konnten: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollen der Ort
271 sein, an dem gesellschaftliche Debatten offen ausgetragen werden können, um den
272 gesellschaftlichen Diskurs zu prägen und dann Eingang in den politischen Prozess
273 zu finden. Diesen Ort hat unsere Gesellschaft nötig. Dieser Ort wollen wir in
274 der Opposition wieder vermehrt sein und uns der Diskursverschiebung nach rechts
275 entgegenstellen.

276 Wir haben im Wahlkampf erfahren, dass es uns nicht auf allen Themenfeldern
277 gelungen ist, bei unseren innerparteilichen Klärungen mit den schnellen
278 Veränderungen der politischen Lage Schritt zu halten. Bei vielen Themen haben
279 wir einen großen Konsens innerhalb unserer Partei, bei anderen haben wir
280 auseinanderlaufende Positionen, die wir bisweilen mit Formelkompromissen
281 verbunden haben. Hier stehen Debatten und Entscheidungen an, die wir in den
282 kommenden Monaten konstruktiv und demokratisch führen wollen. Dazu gehört es für
283 uns, zukunftsweisende Konzepte auszubuchstabieren:

284 1. **Wir geben unserem Leitbild einer "sozial-ökologischen Marktwirtschaft"**
285 **ein**

286 **Update.** Deutschlands europäisches Wohlstandsmodell braucht eine
287 nachhaltige Erneuerung. Das Zusammenspiel offener, fairer Märkte mit
288 funktionierendem Wettbewerb und möglichst stabilen makroökonomischen
289 Rahmenbedingungen in einer von geopolitischen Motiven getriebenen Politik
290 anderer Wirtschaftsräume erfordert neue Antworten. Wie kann eine
291 resiliente, nachhaltige Gesellschaft entstehen unter dem Druck der
292 Gewinnmaximierung der Kapitalmärkte? Bei unseren Instrumenten klären wir,
293 wie ein intelligenter Mix aus Preissignalen, Ordnungsrecht, Anreizen und
294 Industriepolitik aussieht, der wo nötig wirksam reguliert und gleichzeitig
295 unnötige Bürokratie zurückdrängt. Aktive Wettbewerbspolitik kann zu einem
296 Markenzeichen grüner Politik werden, um europäische Innovation und
297 Resilienz zu ermöglichen sowie wirtschaftliche Machtkonzentration und
298 übermächtigen Lobbyismus wie bei den digitalen Big Tech-Konzernen
299 entgegenzutreten. Unsere Wirtschaftspolitik soll einen Beitrag dazu
300 leisten, dass das Leben bezahlbar bleibt. Beim Steuersystem muss die
301 ungleiche Vermögensverteilung so gerechter werden, dass gleichzeitig
302 starke Investitionsanreize für Unternehmen im Inland gesetzt werden. Wir
303 werden ausbuchstabieren, wie gute, tariflich gesicherte Arbeit statt
304 prekärer Beschäftigung für alle Arbeitnehmer*innen Realität werden kann,
305 neue Flexibilitätsbedarfe realisiert und Fragen von Weiter- und Ausbildung
adressiert werden können.

306 2. **Wir arbeiten an sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge, die für alle**
307 **funktioniert.** Wesentliche Bestandteile davon sind eine neue Basis für
308 unsere sozialen Sicherungssysteme, die dem demografischen Wandel
309 standhalten, die wirklich vermögens- und einkommensgerecht finanziert sind

und allen die Sicherheit geben, im Alter und im Notfall gut versorgt zu sein; ein gerechtes Bildungssystem, das für alle funktioniert und die Möglichkeit für individuelle Entfaltung und sozialen Aufstieg bietet; eine Gesundheitsversorgung, die einfachen und verlässlichen Zugang zu ärztlicher Versorgung und würdiger Pflege bietet und solidarisch finanziert ist. Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und Unterstützung, baut auf ihr Engagement, eröffnet neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen; ein Bürgergeld, das Erwerbslosen und Menschen mit zu geringem Einkommen ein sozio-kulturelles Existenzminimum immer garantiert und mit individueller Unterstützung, Respekt und Wertschätzung neue Chancen und Perspektiven eröffnet und auf Empowerment und – sofern möglich – Mitwirkung setzt statt auf Maßnahmen, die Leistungsbeziehende unter Generalverdacht stellen und ihre Würde verletzen; damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein. Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt werden kann – diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

3. **Wir gestalten Demokratie und Teilhabe für alle Menschen in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft.** Wir stehen dabei für eine fakten- und forschungsbasierte Asyl- und Migrationspolitik, die Integration ermöglicht, das individuelle Grundrecht auf Asyl verteidigt, konkrete Verbesserungen vor Ort schafft und Herausforderungen angeht, die Migration auch mit sich bringt. Dazu gehört es auch, Rassismus und der wachsenden Ausgrenzung von Menschen entgegenzutreten. Wir sorgen für Geschlechtergerechtigkeit, denn der Stand der Frauenrechte zeigt stets, wie es um die Menschenrechte in einer Gesellschaft bestellt ist. Deshalb setzen wir uns entschlossen für die volle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter ein. Mit Sorge beobachten wir zunehmende rechte Narrative. Diese greifen dabei oft auf offene oder versteckte Frauenfeindlichkeit zurück und versuchen, bereits Erreichtes zurückzunehmen. Diesem Trend stellen wir uns entschieden entgegen. Um unsere Demokratie zu stärken und die ganze Gesellschaft abzubilden, wollen wir Parität in der Politik durchsetzen und Führungspositionen in allen Bereichen vielfältiger besetzen. Gleichstellungsinstitutionen, die zunehmend von konservativen und rechten Kräften angegriffen werden, müssen geschützt und weiter ausgebaut werden. Echte Selbstbestimmung bedeutet auch, den Paragraph 218 abzuschaffen, reproduktive Rechte zu stärken und den Gewaltschutz auszubauen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Versprechen, sondern Realität ist.

4. **Wir formulieren eine Außenpolitik in den veränderten geopolitischen Realitäten** – mit einer sicherheitspolitischen Antwort, aber auch einer neuen wirtschaftlichen Resilienz. Wir verteidigen die Menschenrechte nach innen und außen und setzen auf die feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Wir beschreiben weiter konkret, was es angesichts des russischen Angriffskrieges bedeutet, Friedenspartei zu sein. Wir diskutieren die innenpolitischen Herausforderungen außenpolitischer Konflikte: Wie festigen wir vor dem Hintergrund der unterschiedlichen deutschen Geschichten mit Blick auf die Sowjetunion unsere Solidarität zur Ukraine? Wie diskutieren wir über schwierige und polarisierende Themen, besonders den israelisch-palästinensischen Konflikt mit dem andauernden Krieg in Gaza und seine komplexen Auswirkungen auf die politische Debatte in Deutschland? Wir buchstabieren auch die Zukunftsvorstellung unseres

367 Grundsatzprogramm einer "Föderalen Europäischen Republik" und ihre
368 Einbindung in eine internationale politische Ordnung aus.

369 Unser Grundsatzprogramm bietet die Wertegrundlage für diese Diskussionen.

370 Mit solchen glaubwürdigen und positiven Gegenentwürfen begegnen wir auch der
371 Rechtsverschiebung der politischen Landschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können und
372 sollen Orientierungsort für Kräfte sein, die sich dem Rechtsruck entgegenstellen
373 wollen. Dazu gehört eine Analyse des Erstarkens der AfD, rechtsradikaler Kräfte
374 und ihrer Partner, bei uns in Deutschland und weltweit: Welchen Anteil haben wir
375 daran, und welchen Anteil und welche Rolle können wir daran haben, sie zu
376 schwächen?

377

378 Mit unseren Kernthemen wie Natur- und Umweltschutz, guten, gleichwertigen
379 Lebensverhältnissen, den wirtschaftlichen Chancen der Energiewende, bezahlbaren
380 Alternativen zum eigenen Auto und nachhaltiger regionaler Wirtschaft machen wir
381 dem ländlichen Raum ein Angebot, die eigene Kraft und den eigenen Einfluss zu
382 stärken. Die ländlichen Räume und ihre Bevölkerung brauchen Perspektiven statt
383 Populismus. Damit sorgen wir für ein gutes Leben und drängen antidemokratische
384 Kräfte zurück.

385

386 Wir gehen all diese Herausforderungen europäisch an. Wir tun das, indem wir die
387 europäische Einigung im Angesicht von Populismus und Wiedererstarken des
388 Nationalismus so voranbringen, dass sie die Europäer*innen wieder begeistert und
389 deutlich macht, dass wir zusammen stärker sind.

390 Unsere Rolle als zentrale demokratische Oppositionspartei gibt uns in diesem
391 Prozess die Chance, unsere grünen Werte selbstbewusst nach vorne zu stellen und
392 gleichzeitig neue programmatische Impulse zu entwickeln. Wir fangen nicht bei
393 Null an: Nachdem wir in unserer Regierungsbeteiligung viele Weichenstellungen
394 für die klimaneutrale und gerechte Erneuerung unseres Landes und seines
395 Wohlstands haben vornehmen können, werden zur kommenden Bundestagswahl in vielen
396 Bereichen neue Konzepte vonnöten sein. Sie müssen nach den nötigen Kompromissen
397 in der Regierungszeit unser eigenes grünes Profil wieder entwickeln und deutlich
398 sichtbar machen. Die Konsequenzen aus der Plünderung unseres Planeten und der
399 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen werden wir in klarerer und lebendigerer
400 Sprache beschreiben und mit unseren Antworten zusammen kommunizieren. Unsere
401 Konzepte müssen sich auf der Höhe der grundlegend veränderten weltpolitischen
402 Zusammenhänge befinden, der digitalen Revolution Rechnung tragen, unseren
403 demokratischen und sozialen Zusammenhalt stärken und die ökologischen Grundlagen
404 für unser Leben auf diesem Planeten sichern können. Dabei behalten wir immer den
405 Menschen in seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik.

406 **4. Die Bündnispartei für morgen - unsere Partei zukunftsfähig machen**

407 Eine treibende und gestaltende demokratische Opposition findet nicht nur im
408 Bundestag und anderen politischen Gremien statt. Sie wird von der Partei als
409 Ganzes getragen. Damit unsere gewachsene Partei diese Rolle ausfüllen kann, muss
410 sie noch sichtbarer, partizipativer und demokratischer werden.

411 Wir haben oft aus Rückschlägen gelernt: Wir sind aus dem Bundestag geflogen und
412 haben daraufhin unsere erste Regierungsbeteiligung errungen. Wir sind nach dem
413 Ende der ersten Regierungsbeteiligung weiter gewachsen, sind in die
414 Staatskanzlei in Baden-Württemberg und zahlreiche Landesregierungen und
415 Rathäuser eingezogen. Wir haben dazu beigetragen, die Europäische Union mit dem
416 Green Deal auf Klimakurs zu bringen. Wir sind immer wieder in zahlreiche
417 europäische Regierungen und Parlamente eingezogen. Mit dem Rückenwind unserer
418 Regierungsbeteiligung, eines erfolgreichen Wahlkampfes und den Zehntausenden
419 neuer Mitgliedern haben wir erneut die Möglichkeit, stärker wieder
420 zurückzukehren. Unsere Partei ist erfahrener, schlagkräftiger, digitaler und
421 vernetzter als je zuvor. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um unseren Beitrag
422 zur Stabilisierung unserer bedrohten Demokratie zu leisten und das Land als
423 führende Kraft der linken Mitte zu gestalten. Dazu greifen wir auch auf die
424 Erfahrungen aus dem Wahlkampf zurück und entwickeln erfolgreiche Formate in der
425 Fläche weiter, zum Beispiel indem wir aufsuchende Konzepte wie Haustürbesuche
426 auch zwischen den Wahlkämpfen nutzen.

427 Das bekräftigt einerseits klar, dass wir nicht für eine gesellschaftliche Nische
428 stehen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, konstant mit
429 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von lokaler bis globaler Ebene, mit Kultur
430 und Wissenschaft, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit den Kirchen,
431 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht nur im Austausch zu sein,
432 sondern gemeinsam Konzepte zu entwickeln, um Mehrheiten zu erringen. Deshalb
433 gilt es, von den eigenen Standpunkten her Bündnisse zu schließen, aufeinander
434 zuzugehen, und dafür zu sorgen, dass gesellschaftliche Bündnisse überhaupt noch
435 möglich sind.

436

437 Wir werden uns als Partei nicht auf Hochburgen zurückdrängen lassen. Wir wollen
438 überall stärker werden: an den Rändern der großen Städte und Ballungsräume, in
439 mittleren Städten und im ländlichen Raum. Gerade hier braucht es Zugang zu
440 Erfahrungswissen und Unterstützung, um handlungsfähig zu bleiben und Populismus
441 mit Perspektiven begegnen zu können. Dafür braucht es den kontinuierlichen
442 Austausch vor Ort ebenso wie Expert*innenwissen von außen und gemeinsames,
443 stetiges, auch kleinteiliges Engagement. Wir wollen die Perspektiven und
444 Erfahrungen unserer aktiven grünen Mitglieder sammeln und Erfolgsrezepte
445 innerparteilich bekannter machen. Dafür stärken und unterstützen wir den
446 Austausch auf Bundesebene.

447 Wir wollen aus dieser Haltung unseren Anspruch als Bündnispartei neu definieren.
448 Dabei greifen wir nicht zuletzt auch auf die politische Traditionen des Bündnis
449 90 in Ostdeutschland und der Bürger*innenbewegungen, die zur Gründung der Grünen
450 geführt haben, zurück. Wir erwarten nicht, dass der Staat alle Probleme löst,
451 noch gehen wir davon aus, dass der Markt es schon richten wird. Neben dem
452 demokratischen Staat und dem sozial-ökologischen Markt als definierende Kräfte
453 unserer Gesellschaft zählt für uns maßgeblich eine aktive
454 Bürger*innengesellschaft. Wir haben dabei unsere Partei im Blick und darüber das
455 Land als Ganzes, denn unser Ziel muss es sein, den Einfluss antidemokratischer

456 Parteien und Kräfte zurückzudrängen. Drei Gedanken spielen dabei eine wichtige
457 Rolle:

- 458 1. Als Erstes gilt es eine Politik zu betreiben, die gesellschaftliche
459 Bündnisse sucht und ermöglicht. Der Angriff der Unionsparteien auf
460 Nichtregierungsorganisationen und Menschen, die sich gemeinsam engagieren,
461 bestärkt uns in unserer klaren Haltung, dass eine starke, unabhängige und
462 breit aufgestellte Zivilgesellschaft das beste Rückgrat für eine starke
463 Demokratie ist – eine Demokratie, in der Menschen zusammenfinden, sich
464 Gehör verschaffen und auf dieser Grundlage Bündnisse schmieden können.
465 Deswegen stehen wir unverrückbar an der Seite der demokratischen
466 Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Kultur, die unter Druck stehen.
467 Wir brauchen sie neben den Unternehmen, Religionsgemeinschaften, dem
468 organisierten Sport und vielen anderen Akteur*innen, die gemeinsam unsere
469 Demokratie ausmachen und die wir als Partner*innen verstehen. Wir wollen
470 mit all diesen Partner*innen das Gespräch intensivieren und – wo nötig –
471 verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.

- 472 2. Als Zweites steht der Auftrag, mit einer hohen Glaubwürdigkeit in unseren
473 Kernthemen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Gleichstellung,
474 Freiheit, Bürger- und Menschenrechte ebenso wie Europa die Verbindung zu
475 unserer Stammwählerschaft zu stärken, uns gleichzeitig aber auch weiter zu
476 öffnen und besonders auf Menschen zuzugehen, die sich von uns bislang
477 nicht oder nicht mehr angesprochen oder inhaltlich vertreten fühlen. Wir
478 wollen auch Menschen überzeugen und für sie wählbar sein, die in einigen
479 Punkten Widerspruch zu unseren Vorstellungen haben. Wir stellen uns an die
480 Seite derer, die vom Erstarken der Rechtsextremen bedroht sind, vor allem
481 migrantische Communities. Ebenso stärken wir diejenigen, die sich aktiv
482 gegen Rechtsextremismus einsetzen. Die Stimmen und Perspektiven von
483 Menschen mit Diskriminierungserfahrung sind dabei richtungsweisend für
484 unser Handeln. Wir werden Rassismus und Diskriminierung entschieden
485 entgegentreten und Menschenrechte in das Zentrum unserer Politik stellen,
486 denn Menschenrechte sind unteilbar. Wir halten Kritik aus und stellen uns
487 ihr – das unterscheidet uns von anderen. Dazu wollen wir aber auch
488 dezidiert dort sichtbar, hörbar und ansprechbar werden, wo wir dies
489 bislang noch nicht ausreichend sind – und wo uns anfangs auch ein harter
490 Wind der Ablehnung entgegenweht. Glaubwürdig wird dieser Anspruch nur,
491 wenn wir bereit sind, andere Perspektiven ernstzunehmen, zu verstehen,
492 warum uns Menschen kritisch sehen – und was wir tun müssen, um Vertrauen
493 zurückzugewinnen.

- 494 3. Als Drittes kommt dazu heute mehr denn je die europäische und
495 internationale Dimension des Bündnisgedankens. Wir sind die Partei, die
496 für ein Vereintes Europa eintritt und darüber hinaus für eine Weltordnung
497 der Kooperation und des Rechts statt der Konfrontation und der Logik der
498 Gewalt. Das spiegelt sich in unserer Politik wider: Es muss aber auch
499 vermehrt Teil unserer Parteikultur werden. Denn wenn sich die
500 antidemokratischen, isolationistischen Akteur*innen international
501 aufstellen, müssen wir dies um so mehr tun. Mit einem sehr europäisch
502 orientierten Bundestagswahlkampf haben wir hier wichtige Schritte getan.
503 Wir intensivieren jetzt unser Engagement für unsere Grüne europäische
504 Parteienfamilie EGP, aber stärken auch jenseits davon unsere Verbindungen
505 zu politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen in Europa und darüber
506 hinaus. Auch in Europa kommt es darauf an, die unterschiedlichen
507 Bedingungen in den Mitgliedstaaten anzuerkennen und daraus Gemeinsamkeit
508 zu entwickeln. In Berlin ist unser Anspruch die europäischste Opposition
509 zu werden, die es bisher in deutschen Politik gab. Wenn die
510 Bundesregierung in Brüssel die Stärkung Europas bremst oder den Green Deal

511 rückabwickeln will, werden wir das in Berlin konsequent zum Thema machen.
512 Gleiches gilt auch für die Schwächung der internationalen Zusammenarbeit.

513 Unser Selbstverständnis als Programm- und Bündnispartei bestimmt auch unsere
514 Rolle in der Opposition. Einerseits werden wir vom Standpunkt unseres starken
515 Programms klar machen, wo die Regierung zu kurz greift. Dafür werden wir auch in
516 Bündnissen arbeiten, wenn es darum geht, Klimaschutz, Gleichstellung, soziale
517 Gerechtigkeit und die notwendigen Veränderungen in Staat, Wirtschaft und
518 Infrastruktur gegen die Regierung voranzubringen. Zugleich sind wir
519 grundsätzlich dazu bereit, wo es sinnvoll ist, konstruktiv mit der Regierung und
520 den demokratischen Parteien auf Landes-, Bundes- und Europaebene
521 zusammenzuarbeiten.

522 **5. Die wachsende Partei gemeinsam gestalten**

523 Wir wollen uns als gewachsene Mitgliederpartei in unseren Strukturen erneuern.
524 Eine moderne Mitgliederpartei muss vielfältige Möglichkeiten für Engagement,
525 Beteiligung und Mitbestimmung geben. Sie muss zugleich eine Plattform bieten,
526 die Mitgliedern, aber auch Interessierten die Möglichkeit gibt, eigene Ideen und
527 Formate einzubringen und umzusetzen. Ihre Verfahren müssen demokratisch und das
528 heißt nicht zuletzt fair, transparent und zugänglich sein. Sie müssen den
529 gewandelten gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten Rechnung tragen.
530 Auch das gehört zur Verantwortung einer demokratischen Partei angesichts
531 antidemokratischer Tendenzen: Dass sie jenseits der Parlamente und Regierungen
532 präsent, ansprechbar und wirkungsvoll ist. Dass sie zugleich in der politischen
533 Auseinandersetzung schlagkräftig und sichtbar ist.

534 Dafür brauchen wir starke, agile und handlungsfähige Gremien, vom Ortsverband
535 über LAGen und BAGen bis hin zur Bundespartei als Teil der Grünen europäischen
536 Parteienfamilie. Dazu gehört gerade auch der Ausbau der Koordination zwischen
537 Bundesverband und Landesverbänden, um unsere Kräfte gemeinsam und zielgerichtet
538 einzusetzen. Dafür brauchen wir zugleich Mitmach-, Gesprächs- und
539 Kampagnenformate jenseits der Gremien – mit neuen, vielfach digitalen
540 Möglichkeiten der Beteiligung. Wir haben 160.000 Mitglieder – und ihre
541 Unterstützung brauchen wir in Kampagnen, bei der Mobilisierung und in der
542 Bündnisarbeit. Wir wollen eine Partei für Menschen in vielfältigen
543 Lebenssituationen sein, und auch Beteiligungsangebote für diejenigen schaffen,
544 die nicht über ausreichend Zeit und Ressourcen für Gremienarbeit verfügen.

545 Für die notwendigen Strukturreformen ernennt der Bundesvorstand eine
546 Satzungskommission mit vielfältigen Vertreter*innen aus unterschiedlichen
547 Bereichen der Partei, die sowohl Mandatsträger*innen, als auch ehrenamtliche
548 Mitglieder unserer Partei umfasst. Sie soll Vorschläge erarbeiten, ob und welche
549 Änderungen an der Satzung und den parteiinternen Verfahren notwendig sind, damit
550 die Partei in ihrer Organisation, Beteiligung und Mitgliederpartizipation den
551 gewachsenen Anforderungen und der gestiegenen Mitgliederzahl gerecht werden
552 kann. Der Bundesvorstand soll hierzu gemeinsam mit der Satzungskommission
553 Diskussionsformate für die Parteimitglieder organisieren. Bei der Besetzung der
554 Kommission und der Arbeit dieser behalten wir stets das Vielfalts- und
555 Frauenstatut im Blick und wirken auf die weitere Verankerung intersektional

556 feministischer Werte und Praktiken hin. Denn feministische Prinzipien leiten
557 nicht nur unsere Politik sondern auch unsere Organisation. Es gilt zudem, unsere
558 Jugendorganisation, die Grüne Jugend, wieder stärker in die Partei zu
559 integrieren und die Stimme der jungen Menschen in unserer Partei ernst zu
560 nehmen.

561 Der Vorstand entwickelt zusätzlich mit der Initiative "Mitglieder treiben
562 Innovation" strategisch Formate, Strukturen und Instrumente, um die Potenziale
563 nutzen zu können, die unsere gewachsene Partei mit über 160.000 Mitgliedern,
564 einer starken kommunalen Verankerung und wachsender Bedeutung in der
565 gesellschaftlichen Debatte bietet.

566 Die Weiterentwicklung erfolgt entlang von drei zentralen Handlungsfeldern:

- 567 1. **Beteiligung & Dialog:** Wir wollen unsere Beteiligungsformate analog wie
568 digital stärken und weiterentwickeln. Auch in einer großen Partei braucht
569 es direkte Mitgestaltung, niedrigschwellige Zugänge und einen besseren
570 Austausch zwischen Basis, Mandatsträger*innen und Partei. Dafür schaffen
571 wir Debattenräume jenseits der Parteitage – offen für alle Ebenen. So
572 ermöglichen wir inhaltliche Diskussionen, stärken Beteiligung und fördern
573 den lebendigen Austausch in der Partei.
- 574 2. **Kampagne & Kommunikation:** Wir verfügen über viele engagierte Mitglieder
575 und professionelle Kampagnenarbeit. Um aktuellen Anforderungen gerecht zu
576 werden, wollen wir die Kampagnenfähigkeit der Partei weiter stärken – auch
577 jenseits klassischer Wahlkampfphasen. Dafür sollen neue
578 Kommunikationsformate entstehen, die unsere Themen sichtbar machen und
579 Mitglieder befähigen, selbst aktiv zu werden.
- 580 3. **Innovation & Initiative:** In der Partei existiert bereits eine hohe
581 Innovationskraft. Diese wollen wir stärker sichtbar machen, bündeln und
582 gezielt fördern. Digitale Tools, Plattformen, kreative Beteiligungsformate
583 und konkrete Projekte aus der Mitgliedschaft sollen identifiziert,
584 weiterentwickelt und in die Parteiarbeit integriert werden.

585 Damit diese Strukturen zum Erfolg führen können, muss die Partei so vielfältig
586 sein, wie das Land, das sie vertritt. Wir richten das Augenmerk auf zwei
587 besondere Herausforderungen.

588 1. Vielfalt ist unsere Stärke – in der Partei wie in der Gesellschaft. Über die
589 Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich. Ein Drittel der Menschen in
590 Deutschland ist über 60, 28 Prozent der Menschen haben eine Behinderung und ein
591 Drittel hat eine Migrationsgeschichte. Die Realität ist vielfältig – nach
592 Herkunft, Ausbildung und Beruf, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher
593 Identität, Lebensort, finanziellem Hintergrund oder Behinderung. Und doch sind
594 Menschen, die nicht binär sind oder trans, in unserer Gesellschaft noch immer
595 kaum sichtbar – und erfahren verstärkt Diskriminierung.

596 Unser Ziel ist es, dass sich diese Vielfalt gemäß ihrem Anteil an der
597 Bevölkerung auch in unserer Partei und auf allen Ebenen widerspiegelt. Dafür
598 packen wir es an, unsere Strukturen inklusiver zu gestalten und diskriminierende
599 Hürden konsequent abzubauen, damit Mitgestaltung sichergestellt ist.
600 Gleichberechtigte Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung sind Grundrechte – sie
601 stehen niemals zur Debatte und dürfen nicht verletzt werden.

602 Unser Vielfaltsstatut zeigt: Wir sind die einzige Partei, die Vielfalt
603 strukturell verankert hat – weil politische Teilhabe kein Zufall sein darf. Dank
604 dieser Strukturen stellen wir heute die Fraktion mit dem höchsten Anteil an
605 Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Doch das reicht uns nicht. Wir haben viel
606 erreicht – und noch einiges vor uns, um die Repräsentation all jener zu
607 erreichen, die in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt oder übersehen
608 werden. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Denn eine gerechte, vielfältige
609 Demokratie lebt davon, dass alle mitgestalten können. Wer Perspektiven ernst
610 nimmt und aktiv einbindet, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
611 Inklusives Denken und Diversitätskompetenz gehören heute zu echter
612 Führungsfähigkeit. Diese Kompetenz werden wir weiter stärken und gezielt
613 fördern.

614 2. Ein nachhaltiges Wachstum grüner Politik hat im Osten größere Widerstände als
615 in allen anderen Regionen und macht Bündnisgrüne Politik vor Ort schwierig.
616 Gerade deswegen braucht es eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der
617 aktiven Grünen in der Fläche durch Landes- und Bundesebene, eine Vernetzung
618 grüner Akteur*innen untereinander und in die Breite der Gesellschaft und eine
619 klare gemeinsame Strategie, in der Themen in und für Ostdeutschland gebündelt
620 sowie die Entwicklung und Unterstützung der Strukturen und die Verbesserung der
621 Sichtbarkeit von Ostperspektiven in der politischen Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE
622 GRÜNEN weiterentwickelt werden. Dazu wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit
623 Bundestagsfraktion, Ländern und Europa ab diesem Frühsommer die Präsenz vor Ort
624 in ostdeutschen Kreisverbänden zu einem Schwerpunkt machen. Den Kreisverbänden
625 werden dazu Veranstaltungspakete zur Verfügung gestellt, um sie bei der
626 Vorbereitung zu entlasten. Wir entwickeln die "Ostrunde" der grünen
627 Landesvorsitzenden und Abgeordneten zu einem permanenten Beratungsgremium
628 weiter, das regelmäßig mit dem Bundesvorstand, führenden ostdeutschen
629 Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und externen Expert*innen
630 zusammenarbeitet. Der Bundesvorstand bereitet bis Ende Juni mit den
631 Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung
632 der Bundesgeschäftsstelle ein Konzept vor, welche Unterstützung der
633 Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen leisten
634 kann.

635 Im Herbst 2025 veranstaltet der Bundesverband im Osten ein hybrides Event für
636 die Gesamtpartei mit dem Schwerpunkt Osten. Aufbauend auf den Erfahrungen der
637 letzten beiden Ostkongresse sollen Debatten und Vernetzung für Ostdeutschland
638 gebündelt und mit diesem Event weitergeführt werden. Ziel ist u.a. die
639 Ermutigung und Vernetzung grüner und grün-naher Akteur*innen in und für
640 Ostdeutschland. Jenseits von Ostalgie oder Folklore soll an einer
641 wertschätzenden und realistischen Perspektive auf den Osten gearbeitet werden.
642 Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den
643 inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen
644 Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender
645 Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Der Ostkongress soll im Nachgang
646 ausgewertet und wenn erfolgreich verstetigt werden.

647

648 Unser Ziel ist eine bessere Repräsentanz und Sichtbarkeit ostdeutscher
649 Biografien. Dafür greifen wir auf die im Vielfaltsstatut verankerten Instrumente
650 zur Stärkung von Mitgliedern durch Empowerment-Strategien und Förderprogramme
651 zurück. Unser Ziel ist es, sie gezielt zu ermutigen und zu befähigen, im Osten
652 als grüne Politiker*innen sichtbar und wirksam zu werden.

653 Gemeinsam mit den Ost-Landesverbänden wird ein Konzept erstellt und zeitnah
654 umgesetzt, um politischen Perspektiven aus strukturschwachen Regionen in
655 sozialen Medien und die Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit der
656 Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Wir bauen unsere Fähigkeiten und
657 Instrumente aus, um eine vielfältige Öffentlichkeit jenseits einschlägiger
658 grüner Blasen zu erreichen. Dem Einfluss antidemokratischer Kräfte werden wir
659 eine konstruktive Politik mit verständlichen, alltagsnahen und wirksamen
660 Alternativen entgegensetzen.

661 Die Fundraising-Abteilung der Bundesgeschäftsstelle wird 2025 weiterentwickelt,
662 um die Eigenmittel der ostdeutschen Landesverbände gezielt auszubauen.

663

664 Die Vorschläge und Empfehlungen aller Gliederungsebenen und Akteur*innen sollen
665 gebündelt und in Bezug auf ihre politische Wirksamkeit und die nötigen
666 Voraussetzungen untersetzt werden. Die Maßnahmen sollen mit den bestehenden
667 Prozessen wie dem Strukturprozess und der Neuordnung der parteiinternen
668 Finanzierungsstrukturen zusammengeführt werden. Die Wirkung der ergriffenen
669 Maßnahmen bewerten wir, um Erfolgreiches zu verstetigen und weitere
670 Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.

Vorschlag zur Tagesordnung



1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 03.03.2025
Tagesordnungspunkt: T Formalia

Antragstext

- 1 **Sonntag, 6. April 2025**
- 2 Beginn: 13:00 Uhr
- 3 TOP 1 Formalia
- 4 TOP 2 Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025
- 5 Ende ca. 16:00 Uhr